

DIE INTERESSEN POTENTIELLER AKTEURE IN STRANDSCHUTZPROJEKTEN

Ausschnitt aus der Stakeholderanalyse zur Entwicklung eines Konzepts zum nachhaltigen Schutz von Stränden der Ostseeküste

Zielsetzung der Studie

Die Strände der Ostseeküste in Schleswig-Holstein sind ein vielfältig genutzter Raum, der durch eine Vielzahl von Interessenträgern geprägt wird. Dies eröffnet ein hohes Konfliktpotential unter den beteiligten Akteuren und Nutzergruppen. Für die erfolgreiche Entwicklung eines Konzepts zum nachhaltigen Schutz von Stränden an der Ostseeküste ist die Kenntnis dieser Konfliktlinien und der Interessenlagen der einzelnen Nutzergruppen eine wesentliche Voraussetzung.

Um diese in Erfahrung zu bringen, wurden im Rahmen einer Teilstudie an drei ausgewählten Modellstandorten (Lindhöft, Surendorf, Hohenfelde) die lokalen Zusammensetzungen von Nutzergruppen untersucht. Dazu wurden schriftliche Befragungen und persönliche, Leitfaden gestützte Interviews durchgeführt. Es ging dabei insbesondere darum, die Umsetzungsmöglichkeiten zukünftiger Strand-schutzmaßnahmen an der schleswig-holsteinischen Ostseeküste auszuloten und zu analysieren.

Ergebnisse

Im Hinblick auf den Zustand der Strände sehen fast alle befragten Vertreter in ihrem Zuständigkeitsbereich trotz eines guten Allgemeinzustandes erheblichen Verbesserungsbedarf. Dieser ist jedoch wiederum stark vom professionellen Hintergrund und den Zielen der einzelnen Akteure abhängig: Natur- und Küstenschützer sehen den Zustand generell deutlich negativer. Vertreter aus der Tourismuswirtschaft sehen insbesondere bei der Sauberkeit der Strände Verbesserungsbedarf.

Allerdings ist die **Bedeutung des Strandschutzes** für die Akteure abhängig von der professionellen Sicht auf Strand- und Naturschutz. Dementsprechend wird „Strandschutz“ von jedem sehr unterschiedlich verstanden. Es gibt somit für die Gesamtheit der Akteure keine einheitliche Definition von Strandschutz; jeder versteht, abhängig von den eigenen Aufgaben und Zielen, etwas anderes darunter. Mit der Einrichtung neuer Schutzzonen verbinden die Akteure unterschiedliche Erwartungen und Folgen (Abb. 1). Die Befürworter sehen in zusätzlichen Schutzmaßnahmen erwartungsgemäß einen dringend notwendigen Beitrag zum Erhalt der Natur an den Stränden der schleswig-holsteinischen Ostseeküste. Aus den Äußerungen einiger Vertreter von Nutzergruppen ist zu entnehmen, dass diese unabhängig von den realen Besitzverhältnissen bestimmte Strandabschnitte als ihr **„gefühltes Eigentum“** ansehen. Damit verbunden ist nicht nur die Befürchtung, durch Regelungen in ihren Nutzungsrechten eingeschränkt zu werden, sondern auch ein starkes Engagement zum Schutz dieser Strandbereiche im Sinne der eigenen Nutzung.

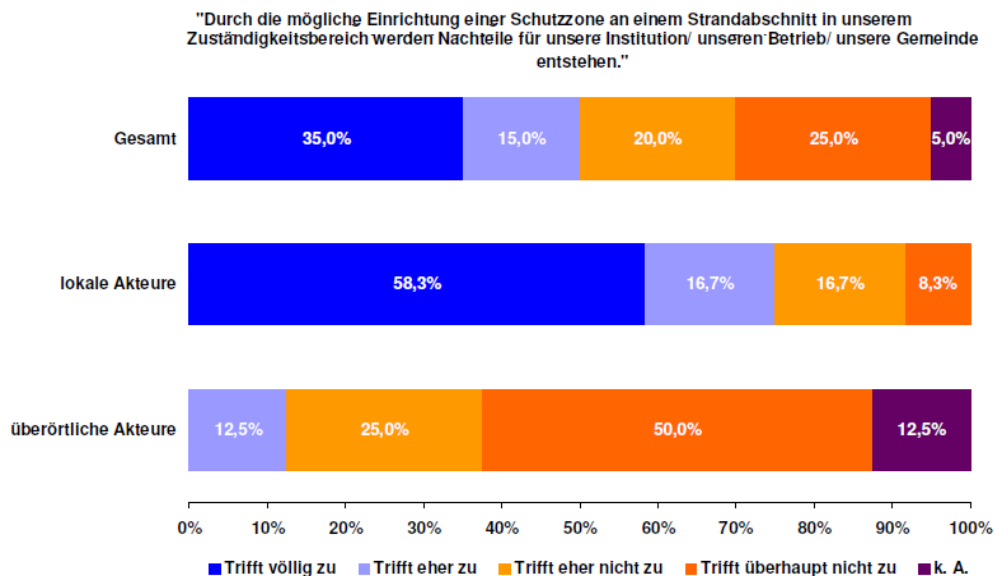


Abb. 1: Vermutete Nachteile neuer Schutzzonen aus Sicht der Akteure. N=20

Nach Aussagen der befragten Experten gibt es einige **Nutzungskonflikte** an bestimmten Strandabschnitten, insbesondere durch miteinander konkurrierende Nutzergruppen (Hundebesitzer, Kitesurfer, Sportbootfahrer etc.). Dies sei zum einen auf den hohen Nutzungsdruck an einigen Strandabschnitten zurückzuführen, so dass speziell dort das Konfliktpotential entsprechend erhöht sei.

Eine starke Einbindung in die sozialen Netzwerke der Akteure schafft und fördert das **Vertrauen** von potentiellen Projektpartnern untereinander, welches für Planungsvorhaben ein zentraler Faktor ist. Zur Analyse der **Netzwerkeinbindung** dienten die Ergebnisse eines Fragebogens zum Kenntnisstand von Akteuren auf den unterschiedlichen räumlichen Ebenen. In der Gesamtbetrachtung fällt auf, dass die Akteure, die an dieser Studie teilgenommen haben, alle sehr gut lokal und überörtlich vernetzt und eingebunden sind. Dennoch sind vor allem zwischen den lokalen und den überörtlichen Akteuren Unterschiede erkennbar. Vier der fünf am weitesten vernetzten befragten Akteure sind überörtliche Stakeholder. Dies überrascht nicht, da die Netzwerkarbeit einen wichtigen Teil ihrer Aufgaben einnimmt. Dadurch, dass diese Akteure in Bezug auf den Strandschutz sowohl dem Lager der Promotoren als auch der Opponenten und der neutralen Stakeholder zuzurechnen sind, ist nicht mit einem Übergewicht eines Lagers durch einen dieser überörtlichen Multiplikatoren zu rechnen.

Bezüglich der Umsetzung etwaiger neuer Schutzzonen an einzelnen Strandabschnitten besteht unter den Befragten insoweit Einigkeit, als dass die Neueinrichtung mit **möglichst geringem Eingriff** in die vorhandenen natürlichen Gegebenheiten erfolgen sollte. Allgemein seien Aktionen zur **Information und Sensibilisierung** der Nutzer (z.B. Touristen) der Vorzug gegenüber Zäunen und Verboten zu geben. Letztere würden nicht funktionieren, da eine wirksame Kontrolle kaum möglich sei.

Die Gemeindevertreter sowie die Gewerbetreibenden aus der Tourismuswirtschaft betonten zudem, dass der **Strandzugang in jedem Fall gewährleistet** bleiben müsse. Des Weiteren könne es sinnvoll sein, jeweils **Vorranggebiete** für Tourismus auf der einen und Naturschutz auf der anderen Seite auszuweisen sowie vor der Einrichtung neuer Schutzzonen eher die bestehenden Naturschutzgebiete zu erweitern.

Eine **temporäre Absperrung** oder auch die **Teilabsperrung** im oberen Strandabschnitt an bestimmten Stränden wäre je nach Ausführung auch für Tourismusanbieter und die Gemeinden akzeptabel. Allerdings gilt dies abermals nur unter der Bedingung, dass der Zugang zum Strand trotzdem gewährleistet bliebe. Die **Zuständigkeit für die Einrichtung** und den **Unterhalt** von neuen Schutzzonen liegt nach einhelliger Meinung der Befragten bei den Gemeinden, den Ämtern oder aber den Eigentümern der jeweiligen Flächen. Hinsichtlich der Übernahme der Kosten sehen die befragten Akteure das Land Schleswig-Holstein sowie die zuständigen Landesämter in der Pflicht. In den Planungs- und Umsetzungsprozess für zusätzliche Schutzmaßnahmen seien in jedem Fall die lokalen Schlüsselakteure einzubeziehen (Amt, Gemeinde, UNB).

Konkrete Handlungsempfehlungen für die Umsetzung

Zunächst sei es notwendig, durch fundierte Bestandsaufnahmen und vorbereitende Analysen einen **geeigneten Strandabschnitt** zu identifizieren, der noch genügend Naturnähe besitzt, um dort unter vertretbarem Aufwand Schutzmaßnahmen durchzuführen. Diese Analyse sollte immer vor dem Hintergrund des Schutzziels erfolgen und den Zustand des Strandes, die Nutzungsintensität, die lokale Infrastruktur sowie die Besitzverhältnisse berücksichtigen. Die Akzeptanz hängt nach Meinung der Befragten zudem auch sehr vom Umfang und von der baulichen Ausführung der Schutzzonen ab. Weiterhin werden eine gute Vorbereitung sowie ein **präziser Projektplan** als wichtig erachtet, der sowohl verbindlich den **Realisierungszeitraum** als auch die zu erwartenden **Kosten** genau festlegt. Die **Kontinuität von Planungen** ist für alle Akteure ein wichtiger Punkt, um nicht nur langfristige Planungssicherheit zu haben, sondern auch um das Vertrauen in die lokalen und überörtlichen Entscheidungsträger zu stärken.

Für die Zukunft wünschen sich insbesondere die Vertreter des Naturschutzes eine noch stärkere Einbindung des Strand- und Naturschutzes in eine **überörtliche Strategie** für die bessere Vereinbarkeit von Naturschutz, Küstenschutz, Tourismus und Nutzungsinteressen.

Begünstigend sei nach den Erfahrungen der meisten Akteure ein starker „**Treiber**“ für ein Vorhaben, der sich durch persönliche Einsatzbereitschaft, Fachkenntnis und Überzeugungskraft auszeichnet. Förderlich sei zudem, wenn die involvierten lokalen Akteure bereits für das **Thema sensibilisiert** sind und Erfahrung mit dem Themenbereich Naturschutz gesammelt haben.

Für das Gelingen sei es weiterhin unabdingbar, bereits **im Vorfeld Vertrauen zu schaffen**: einerseits unter den Akteuren, andererseits in das Planungsverfahren. Eine gewachsene Dialogkultur vor Ort kann dazu beitragen, dass Gegner und Befürworter in einem Planungsprozess zügiger konsensuale Lösungen finden. Im Hinblick auf die Beteiligung möglichst weiter Kreise von Betroffenen sei eine **aktivierende Partizipation** unter gleichberechtigten Projektbeteiligten vor Ort anzustreben. Insbesondere die gezielte Ansprache und Einbindung nicht-institutionalisierter bzw. nicht-organisierter Gruppen ist hierbei ein wichtiger Faktor. Generell seien Schutzprojekte und Beteiligungsmaßnahmen als Prozess zu betrachten, der schon weit vor konkreten Projektplanungen beginnt. Hierbei sei schon im Vorfeld eine **konsensuale Strategieentwicklung** vor Ort anzustreben, damit frühzeitig Einvernehmen unter allen Beteiligten über die Entwicklungsziele einer Kommune besteht. Die Erfahrungen einiger Akteure der Verwaltungsebene zeigten deutlich, dass sich die Umsetzungschancen von Projekten erhöhen, wenn man sich im Konsens auf ein gemeinsames Ziel einigt.

Den Erkenntnissen dieser Studie zufolge gibt es gute Gründe auf **dezentrale Ansätze** zu setzen, um das lokale Wissen zu nutzen und eine für den jeweiligen Strandabschnitt bzw. die Gemeinde passende Lösung zu finden. Außerdem wäre an einigen Standorten das Anknüpfen an eine **überregionale Gesamtstrategie** sicherlich für die Ziele des Naturschutzes sinnvoll, da vor Ort nicht die personellen und materiellen Ressourcen vorhanden sind, um von sich aus dort eigenständig Projekte zu initiieren und vor allem langfristig erfolgreich umzusetzen. Wichtig könnten hierbei mögliche überregionale Förderprogramme sein, die mit dem Entwickeln einer Gesamtstrategie für die Strände der Ostseeküste einhergehen müssten, um diese in der Umsetzung zu unterstützen.

Integrierende Konzepte, die die beiden oft unvereinbar erscheinenden Pole Naturschutz und Tourismus zusammenführen, könnten für beide Seiten zu gewinnbringenden Partnerschaften führen und entsprechende Projekte auf den Weg bringen. Zu denken ist hierbei neben der Förderung des Naturtourismus insbesondere an die **offensivere Vermarktung** der Vorzüge naturnaher Strände und Regionen. Ein Wachstum in diesem Segment ist durchaus zu erwarten.

Ansprechpartner:

Dipl.-Geogr. Torsten Düwel (torsten.duewel@gmx.de)

Dipl. Biol. Franziska Seer (fseer@ecology.uni-kiel.de)



sponsored by

